

Abonnement für Stettin monatlich 30 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner



Beitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 7. April 1880.

Nr. 162.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 6. April.

Präsident Graf Armin-Boitzenburg eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Schelling, v. Schmied, Dr. Meyer u. A.

Der Präsident theilt mit, daß das Präsidium dem ihm erteilten Auftrage gemäß dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Reichstages übermittelt, und daß derselbe diese huldvoll entgegengenommen habe.

Das Andenken des unlängst verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Walfisch wird das Haus durch Erheben von den Sitzen.

Eingegangen sind mehrere Nachweisungen, sowie die Gesegenswürde betreffend die Besteuerung der Dienstwohnung und betreffend die Küstenfrachtschiffahrt.

Tagesordnung.

I. Zweite Verathung der auf Grund des § 6 des Gesetzes betreffend die Einführung der Civilprozessordnung vom 30. Januar 1877 erlassenen kaiserlichen Verordnung vom 28. September 1879, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Die Kommission beantragt:

1) Die bezügliche Verordnung zu genehmigen.
2) Dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu unterbreiten, ob nicht die Ausdehnung der Revision auf die Verlegung derjenigen an und für sich nicht revidiblen verschiedenen einzelnen Landesgesetze zu veranlassen sei, welche dem preussischen Vergesetze vom 24. Juli 1865, so wie dem preussischen Gesetze über den Eigentumsverkauf an Grundstücken und deren dingliche Belastung vom 5. Mai 1872 und der preussischen Grundbuchordnung vom 5. Mai 1852 nachgebildet sind.

Das Haus beschließt debattenlos nach den Beschlüssen der Kommission.

Wahlprüfungen.

1) Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Grafen von Grote im 17. Wahlkreise der Provinz Hannover.

Die Kommission beantragt, die Wahl zu bestätigen und den Herrn Reichskanzler unter Mittheilung der Akten zu ersuchen, theils in Verwaltungsverfahren, theils durch strafgerichtliche Untersuchung Ermittlungen über die in dem vorliegenden Protokolle angeführten Thatsachen zu veranlassen und über das Ergebnis dem Reichstage Mittheilung zu machen.

Abg. v. Lenthe beantragt die Gültigkeits-Erklärung der Groteschen Wahl und führt zur Begründung seines Antrages aus, daß gegen die Gültigkeit der Wahl irgend welche erhebliche Thatsachen nicht angeführt sind. Die Protokolle liefern darauf hinaus, einige Beamte und Geistliche für ihre Unhänglichkeit an das hannoversche Königshaus zu demüthigen, alle darin über die Welfenpartei in Hannover enthaltenen Verdächtigungen müsse er entschieden zurückweisen. Die hannoversche Partei sei eben so deutsch gesinnt, wie die liberale Partei. Der Gegensatz bestehe nur darin, daß seine Partei für die Selbstständigkeit Hannovers eintrete, nur Preußen gegenüber nehme sie denselben Standpunkt ein, wie alle übrigen Bundesstaaten. Solche Ränöver, wie die gegnerische Partei den Welfen gegenüber versucht, verdienen nur Verachtung, er wisse alle Verdächtigungen entschieden zurück.

Referent Abg. Laporte hält die Anträge der Kommission aufrecht und führt zur Begründung derselben aus, daß selbst die Behörden sich veranlassen lassen haben, über die stattgehabten Wahlbeeinflussungen von Seiten der Welfenpartei Untersuchung zu beantragen.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

2) Bericht derselben Kommission über die Wahl des Abg. Dr. Lucius im 4. Erfurter Wahlkreise.

Die Kommission beantragt die Gültigkeits-Erklärung der Wahl.
Abg. Richter (Hagen) beantragt die Ungültigkeits-Erklärung der Wahl. Redner begründet seinen Antrag damit, daß die Bekanntmachung der Wahl nicht vorchriftsmäßig vor dem Wahltermin erfolgt sei. Wäre Dr. Lucius mit erheblicher Majorität wie im Jahre 1878 — wo er 10,000 Stimmen erhielt — gewählt worden, so würde diese Unterlassung von keinem Einflusse auf die Wahl

gewesen sein; anders verhalte es sich hier, wo Dr. Lucius nur mit einer Majorität von 351 Stimmen gewählt worden. Es komme hinzu, daß die Zeit des Hochsommers sich überhaupt zur Wahl nicht eigne, daß aber diese von der Regierung deshalb gewählt wurde, weil die Wahllisten am 30. Juli ihre Gültigkeit verloren haben würden. Redner findet darin eine Benachtheiligung der Wähler und bittet um Annahme seines Antrages.

Das Haus stimmt indeß mit großer Majorität dem Antrage der Kommission zu.

III. Erste Verathung der Zusammenstellung der Liquidationen über die auf Grund des Artikels V. des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriege - Entschädigung zu erspendenden Beiträge.

Dieselbe geht an die Rechnungs-Kommission.
IV. Eine Anzahl von Petitionen wird zur Erwägung im Plenum für ungeeignet erklärt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Verathung des Antrages Adert-Stephani bezüglich der Rechtschreibung, erste Verathung des Viehschutzesgesetzes, Wahlprüfungen. Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. April. Die „N. A. Z.“ bringt folgende Mittheilung:

In der Sitzung des Bundesraths am Sonnabend hat bei Stellungnahme des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben über die Frage, ob Quittungen über Postanweisungen und Postvorschußsendungen der Stempelabgabe zu unterwerfen seien, eine Abstimmung stattgefunden, bei welcher die Majorität von 30 Stimmen eine Bevölkerung von 7 1/2 Millionen, die Minorität von 28 Stimmen eine Bevölkerung von über 33 Millionen repräsentirte. Im Wege der Substitution befanden sich 16 Stimmen der kleineren Staaten in den Händen zweier Mitglieder des Bundesraths. In Folge dieser Vorgänge hat der Reichskanzler sein Entlassungsgesuch bei Sr. Majestät dem Kaiser amtlich eingereicht mit der Motivierung, daß er den gegen Preußen, Bayern und Sachsen gefassten Majoritätsbeschluss weder vertreten noch in seiner Stellung als Reichskanzler von dem Benefizium, welches Art. 9 der Reichsverfassung der Minorität gewähre, Gebrauch machen könne.

Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Lesern pflegt einen Satz der Zeitung zu überschlagen, der mit den Worten beginnt: „In der Sitzung des Bundesraths“, in dessen dritter Zeile sich das Wort „Reichsstempelabgabe“ und in dessen vierter Zeile sich das Wort „Quittung auf Postanweisungen“ befindet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat auch Nichts gethan, um die besondere Aufmerksamkeit der Leser auf diesen Satz zu richten. Sehr viele Leser mögen daher über diesen Satz hinweggesehen haben, ohne zu ahnen, daß er die Nachricht enthält: Fürst Bismarck habe um seinen Abschied gebeten, weil ein Beschluss des Bundesraths nicht seinen Ansichten entsprechend ausgefallen sei.

Der Artikel 9 der Reichsverfassung, auf welchen die Noth Bezug nimmt, räumt den Mitgliedern des Bundesraths das Recht ein, die den Majoritätsbeschlüssen zuwiderlaufenden Ansichten ihrer Regierung zu vertreten. Von diesem Recht glaubt der Fürst in seiner Stellung als Reichskanzler keinen Gebrauch machen zu können. Und da er auch den Beschluss der Majorität nicht vertreten könne, habe er sich entschlossen, den Abschied zu fordern.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ deutet an, daß weniger der materielle Ausfall der Abstimmung den Entschluss des Fürsten beeinflusst habe, als die Art, wie dieses Resultat zu Stande gekommen. Die Konzentration der Stimmführung in wenigen Händen hat den augenblicklichen Trägern der Mandate einen Einfluss verschafft, der ihnen nicht gebührt.

Die „Post“ führt diesen Gedanken etwas weiter aus, indem sie sagt:

„Vergleichen Stimm-Experimente scheinen nicht im Interesse der Autorität des Bundesraths zu liegen. Formell sind sie zweifellos berechtigt, aber wenn jede formale Berechtigung bis zu ihrer äußersten Grenze getrieben und ausgebeutet wird, so sehen wir nicht ohne Bedenken der verfassungsmäßigen Entwicklung der Zukunft entgegen.“

Ein wunder Punkt in den Funktionen des Bundesraths ist hier zweifellos berührt. Unserer-

seits müssen wir uns alle Verächtungen über die überraschende Nachricht auf eine spätere Zeit versparen. Bei der materiellen Entscheidung hat Bismarck den Stimmenschaft für die von Preußen, Bayern und Sachsen zurückgewiesenen Modifikationen der Quittungssteuer gegeben.

Fürst Bismarck hat also seine Demission eingereicht. Seit einigen Tagen flüsterte man bereits dergleichen, seit 24 Stunden traten die Gerüchte in den eingeweihten Kreisen bestimmter auf, und gestern brachte das Organ des Fürsten Bismarck, die „Nordd. Allg. Zeitung“, selbst die Nachricht.

Fürten wir zunächst den letzten äußeren Grund für die Abdankung des Fürsten Bismarck. Die Sonnenabstimmung des Bundesraths nahm einen merkwürdigen Verlauf, der nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ nichts Geringeres zur Folge gehabt hat, als das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers. Das Bundesrathsplenum hat bekanntlich in dem Gesetzentwurf über die Reichsstempelabgaben die Quittungssteuer wiederhergestellt, dabei aber eine große Reihe Befreiungen von der Stempelabgabe beschlossen. Eine dieser Befreiungen, die von Quittungen über Postanweisungen und Postvorschußsendungen, kam durch eine Abstimmung zu Stande, bei welcher die drei größten Bundesstaaten, Preußen, Bayern und Sachsen, durch die Gesamtheit der mittleren und kleinen, oder die Repräsentanten von 33 Millionen Einwohnern durch diejenigen von 7 1/2 Millionen überstimmt wurden. Der Bundesrath zählt bekanntlich 58 Stimmen; in dem vorliegenden Falle stimmten 30 mittel- und kleinstaatliche Stimmen gegen 17 preussische, 6 bayerische, 4 sächsische und 1 kleinstaatliche. Besonders unangenehm scheint es dabei aufgefallen zu sein, daß einzelne Bundesrathmitglieder in der schwach besuchten Sitzung durch Substitution mit einer ganzen Reihe von Stimmen ausgerüstet gewesen sind.

Die mögliche Folge der verfassungsmäßigen Stimmvertheilung im Bundesrath, die Ueberstimmung der großen durch die Gesamtheit der kleineren Staaten, ist vielleicht bisher noch selten oder niemals zu Tage getreten. Die preussische Regierung ist allerdings schon oft im Bundesrath in wichtigen Fragen unterlegen, aber die Majorität bestand dann wohl aus den Königreichen und einigen kleineren Staaten. Die preussische Regierung und der Reichskanzler haben sich eine solche Majorisierung in viel wichtigeren Fragen, wir erinnern z. B. nur an das Reichsgericht, gefallen lassen, und wir können nicht begreifen, wie jetzt eine so geringfügige Angelegenheit so tragisch genommen werden kann. Man kann doch kaum annehmen, daß eine Differenz, nicht einmal über die Quittungssteuer, sondern nur über eine nebensächliche Bestimmung derselben, zu einer so erschütternden Angelegenheit gemacht wird. Jedenfalls wird man annehmen dürfen, daß an der Frage des Quittungsstempels für Postanweisungen die Wirksamkeit des Reichskanzlers nicht ihr Ende erreicht.

Berlin, 6. April. Gestern hat in Leipzig ein Buch die Presse verlassen, das in der nächsten Zeit in hervorragender Weise die Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürfte. Das Buch führt den Titel „Berlin und St. Petersburg. Preussische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen.“ Als Autor wird derselbe Schriftsteller vermutet, der unter dem Titel „Rußland vor und nach dem Kriege“ bereits interessante Beiträge zur Kenntniss russischer Zustände geliefert hat.

Das Buch hat den Zweck, zur Erklärung der Veränderungen mitzuwirken, die sich seit dem letzten Herbst in den auswärtigen Beziehungen des deutschen Reiches vollzogen haben und für Viele eine Ueberraschung gewesen sind. Es wird der Nachweis geführt, daß die alte preussisch-russische Freundschaft das Elend der deutschen Kleinstaaterei und des preussisch-österreichischen Gegensatzes zur Voraussetzung hatte und auf einer Interessengemeinschaft beruhte, die zusammenbrechen mußte, sobald die wahren Interessen beider Staaten zum Ausdruck kamen. Das Buch weist ferner nach, daß, als in den fünfziger Jahren in Berlin einige Parteimänner für die Prinzipientreue und Gesinnungstüchtigkeit des Kaisers Nikolaus 1. schwärmten, Leporetti keinen Anstand genommen hat, auch den berechtigten Interessen seines nächsten Verbündeten in den Weg zu treten, wenn sich die Gelegenheit dazu bot. Es wird dies schlagend nachgewiesen durch die Wieder- gabe eines vor zehn Jahren in Petersburg veröffent-

lichten, aber bisher in Deutschland unbekannt gebliebenen Aktenstückes.

Dieses Aktenstück enthält ein Memorial des Kaisers Nikolaus über die preussischen Angelegenheiten von 1848 und wurde einer russischen Monatschrift durch den nunmehr verstorbenen russischen General-Adjutanten Ratsh mitgetheilt, ohne bis zur Stunde eine Widerlegung oder ein Dementi erfahren zu haben. Im Hinblick auf die revolutionären Ereignisse, deren Schauplatz Preußen 1848 gewesen, und veranlaßt durch die Gerüchte von einer gegen Berlin bestimmten Bewegung der preussischen Arme, hält es Nikolaus für unerlässlich, daß Preußen zu den auf die Erfahrung und Ueberlieferungen der Vergangenheit gegründeten Institutionen zurückkehren müsse. Zu diesem Zwecke müssen nicht nur alle Zustände des Jahres 1848, sondern sogar auch das Verfassungsgesetz vom Februar 1847 zurückgenommen und ungültig erklärt werden! Selbigenwerth ist ihm die Erklärung des Königs, daß Preußen von nun an in Deutschland aufgehen solle, es erscheint ihm unbegreiflich, wie eine durch aus von eigenartigen Interessen beherrschte Monarchie plötzlich ihre Vergangenheit verleugnen und künftig diejenige des übrigen Deutschland annehmen soll, mit welchem Preußen weder nähere Beziehungen noch irgendwelche gemeinsame Interessen hat. Um nun die Folgen dieses Schrittes zu verhüten, ist Kaiser Nikolaus der Meinung, daß der Prinz von Preußen (der jetzige Kaiser) sich einer solchen Entscheidung nicht unterwerfen dürfte. Er müßte solchenfalls vielmehr seine unveräußerlichen Rechte zurücksichern, und zwar mit den Waffen in der Hand. An der Spitze der ihm ergebenen Truppen könnte der Prinz nach Berlin marschiren, den König befreien, zum Herrn der Hauptstadt werden und mit den Elenden, welche daselbst herrschen, kurzen Prozeß machen. „Hat der Prinz von Preußen dagegen die Schwäche, jetzt nach Berlin zurückzukehren, wo der öffentliche Geist sich ihm gegenüber in so infamer Weise gezeigt hat, so wäre das meiner Meinung nach ein unverzeihlicher Fehler.“

Bekanntlich hatte der Prinz von Preußen die „Schwäche“, nach Berlin zurückzukehren, ohne die auf Empörung und Auslieferung gerichteten Vorschläge seines kaiserlichen Schwagers zu den Feindgen zu machen. Noch während seines freiwilligen Exils in London wurde ihm von dem russischen Votschafter Baron Brunnow ein Plan vorgelegt, der sich der Hauptstadt nach mit dem Inhalte des erwähnten Memorials deckte und nebenbei darauf abzielte, Preußen zur Brücke zu machen, welche Rußland in den Orient führen sollte. Ob es Herrn v. Brunnow gelang, seinen Plan vollständig zu entwickeln, ist nicht bekannt geworden. Thatsache ist, daß dem Votschafter der Ausdruck „pont“ in der Rede stecken blieb, und zwar aus Gründen, die annehmen lassen, daß es einer förmlichen Antwort auf die unerhörten russischen Zumuthungen nicht erst bedurft hätte.

Auf russischer Seite ließ man es aber bei diesem ersten Versuche nicht bewenden. Im Herbst des Jahres 1848 wohnte der Kommandirende des ersten preussischen Armeekorps, der spätere Feldmarschall Graf Dohna, im Allerhöchsten Auftrage den russischen Manövern bei, welche unweit der preussischen Grenze unter persönlicher Leitung des Kaisers Nikolaus abgehalten wurden. Bei Gelegenheit einer unter vier Augen geführten Unterredung im kaiserlichen Zelte sprach der Graf seine Bewunderung über die Tüchtigkeit der ihm vorgeführten Truppen aus, um sodann durch die plötzliche Frage des Kaisers: „Ihnen gefallen meine Truppen? Nun wohl — diese Truppen stehen zu Ihrer Verfügung, wenn Sie an der Spitze derselben gegen das meuterische Berlin marschiren wollen!“ überrascht zu werden. Der Graf gab die einzige, für einen Gelmann und Offizier mögliche Antwort — die Antwort, daß ein preussischer General nie anders als auf Befehl seines Königs marschire.

Die zahllosen Demüthigungen, welche Preußen und des preussische Hof bis zu dem Tage von Dömitz von Nikolaus zu erdulden hatten, sind bekannt. Sie waren selbst in der Form so verlegend, daß Friedrich Wilhelm IV. nach der ersten Kenntnissnahme derselben die gewöhnliche Rücksicht auf den mächtigen Nachbar außer Augen ließ und in beffiger Erregung ausrief: „er werde dem Kaiser gen, was ein König von Preußen vermöge, daß Deutschland noch im Stande sei, sich sei ordnen.“

sprechen, deren Wiedergabe eine Majestätsbeleidigung involviren würde.

Der König war aber nicht danach geartet, um solche energische und rasch gefasste Entschlüsse lange festzuhalten, und so lieferte er auch nicht den Beweis dessen, was ein König von Preußen vermag. Es folgten dann für Preußen jene tsumidüsteren Tage, die dem Grafen Brandenburg das Herz brachen und Preußen selbst allen Erniedrigungen des russischen Beliebens aussetzten. Trotzdem fauden sich aber damals in Berlin Leute, die, milde gesagt, rückgratlos genug waren, um in winfelter Demuth vor Nikolaus, der die Rathgeber und Minister seines Schwagers, des Königs von Preußen, „Banditen“ genannt hatte, zu knien. Darf es dann Wunder nehmen, wenn man sich in Petersburg daran gewöhnt hatte, Preußen als „das russische Paschalik Berlin“ zu bezeichnen? An der Neva erging man sich in den rückstufelosesten Wüthen und Späßen über den preussischen Hof: man sprach nur von den „Farcours de Berlin“; seinen Schwager nannte Nikolaus nie anders als „Frère poète“. Der Großfürst Michael hat sich über Friedrich Wilhelm IV. in einer Weise ausgesprochen, die nicht leicht vortheilhafter sein werde, als ob es nicht vielleicht vortheilhafter sein werde, bis auf Weiteres eine gewisse Neutralität zu beobachten. Dagegen habe sich aber ganz besonders der Erzbischof von Paris mit großer Energie ausgesprochen, sobald den Jesuiten das höchste Lob gespendet und die Nothwendigkeit nachgegeben, im Hinblick auf die Nähe der allgemeinen Wahlen den Kampf auf das politische Gebiet zu übertragen. Da die Regierung die Sache der Kongregationen zu einer politischen Frage gestempelt habe, sei es nunmehr die Pflicht der Geistlichkeit, auch auf diesem Gebiete den der Kirche aufgedruckten Kampf aufzunehmen. Schließlich habe die Versammlung beschlossen, einen Relativprotest gegen die Dekrete vom 29. März zu erlassen.

Der Sieg der englischen Liberalen wird in den hiesigen politischen Kreisen sehr verschiedenartig aufgefaßt und die Sprache der Journale beweist, daß man sich meistens noch nicht recht klar darüber geworden ist, ob der Sturz des Kabinetts Beaconsfield als ein für Frankreich günstiges oder ungünstiges Ereigniß betrachtet werden muß. Das leitende Organ der republikanischen Partei, die „Republique française“, scheint die letztere Ansicht zu hegen, was sich übrigens schon dadurch erklärt, daß Gambetta und seine Freunde den englischen Liberalen und speziell Herrn Gladstone niemals verzeihen haben, daß Frankreich im deutsch-französischen Kriege von ihnen „im Stiche gelassen worden ist“. Die ultraradikalen Blätter begrüßen dagegen den Sieg der Liberalen als ein hochfreudliches Ereigniß und die orleanistischen Organe thun bezeichnender Weise das Gleiche. Die „France“ und andere Gausinisten-Blätter machen sich die Sache bequemer; sie erklären einfach, man habe in Deutschland den Sieg der Tories gewünscht und das beweise hinreichend, daß Frankreich Grund habe, sich über den Sieg der Liberalen zu freuen.

Provinzielles.

Stettin, 7. April. Die am 1. Dezember d. J. nach fünfjährigem Zwischenraume im Reiche statfindende Volkszählung wird von einer Gewerbe-Aufnahme nicht begleitet sein, dagegen mit einer Viehzählung und einer Aufnahme der Größe der von den einzelnen Haushaltungen aus bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen verbunden sein. — Den von der Deputation für Statistik herausgegebenen statistischen Mittheilungen für das Jahr 1879 entnehmen wir Folgendes: Im Jahre 1879 wurden hieselbst 1681 männliche und 1622 weibliche, in Summa 3303 Kinder geboren, darunter befanden sich 133 todtgeborene, unehelich wurden im Ganzen 425 geboren. Die Eltern der Geborenen waren in 3070 Fällen evangelischer, in 39 Fällen katholischer, in 62 Fällen mosaischer Konfession und in 24 Fällen Dissidenten, 108 Geburten entsprangen aus gemischten Ehen. An Mehrgewürten kamen im Ganzen 45 Fälle vor. — Die Zahl der Eheschließungen betrug im Laufe des Jahres 657, die meisten fanden im Monat Oktober (91), die wenigsten im Monat September (40) statt; 52 weibliche Personen standen bei der Verheirathung erst im Alter von 16—20 Jahren, während 6 im Alter von 50—55 und 2 im Alter von 55—60 Jahren noch einen Ehebund schlossen; die meisten Eheschließungen bei weiblichen Personen fanden im Alter von 20—25 Jahren (259) statt. Männliche Personen heiratheten noch 6 im Alter von 55—60 Jahren und 3 über 60 Jahre alt, die meisten Eheschließungen fanden im Alter von 25—30 Jahren (311) statt. — Als verstorben sind im vorigen Jahre im Ganzen 1162 männlichen, 1002 weiblichen und 1 unerkennbaren Geschlechts, in Summa 2165 gemeldet. Der Todtgeborenen. Die meisten Sterbefälle kamen im Monat August (236), die wenigsten im Monat November (142) vor. Dem Familienstande nach waren von den Verstorbenen 1455 unverheirathet, 443 verheirathet, 241 verwitwet, 15 geschieden und bei 11 Personen war der Familienstand nicht zu ermitteln. Die meisten Sterbefälle waren an Krämpfen (Kinnbaden und Zahn-), nämlich 289, demnächst an Lungenschwindsucht 223, dann folgten 196 an Brechdurchfall, 136 an Abzehrung, 111 an Lungentzündung und 101 an Altersschwäche; Selbstmorde fanden im Ganzen 31 statt und zwar 20 durch Erhängen, 8 durch Erschießen, 2 durch Ertränken und 1 andere Selbstmordart. Die meisten Sterbefälle fanden im Alter von 14 Tagen bis zu 1 Jahr statt, nämlich 693, dann folgten 276 im Alter von 1 bis 5 Jahren, 145 im Alter bis zu 14 Tagen; von den Erwachsenen starben die meisten im Alter von 60—70 Jahren (165), dann folgten 157 im Alter von 40—50 Jahren, 147 im Alter von 50—60 Jahren, 144 im Alter von 20—30 Jahren und 136 im Alter von 30—40 Jahren, unter den verstorbenen Kindern befanden sich 174 uneheliche. Die meisten Sterbefälle kamen auf der großen Kastade vor, nämlich 118, dann folgt die Pöhlperstraße mit 78, die Oberwies mit 72, der Rosengarten mit 64, die große Wollweberstraße mit 55, die Galgwieße mit 54 und die Elisabethstraße mit 51 Sterbefällen. In den Krankenhäusern und öffentlichen Anstalten verstarben im Ganzen 403 Personen, und zwar im Stadtfrankenhaus 209, im Siechenhause 13, im Armenhause 1, 6, im Garnison-Spazareth-Hospital, in der Kinderheil-Anstalt 53, im St. Petri-Hospital 2, in der Diakonissen-Anstalt Bethanien 103, im Königl. Hebeammen Lehr-Institut 4 und im Gertrud-Hospital 4. — Nach den der Steuer Verwaltung zugegangenen polizeilichen Meldungen sind im Laufe des Jahres 1879 15126 Personen als hinzugezogen, 9609 Personen als fortgezogen, mithin 5517 Personen mehr zugezogen gemeldet; außerdem betrug die

Zahl der als unbekannt verzogen Gemeldeten 1399. Innerhalb des Stadtbezirks sind umgezogen 43,688 Personen, wobei indessen die Personen, welche mehrmals umgezogen sind, für jeden Umzug von Neuem mitgezählt worden sind. — Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1875 betrug die Einwohnerzahl Stettins 80,972, der Ueberschuß der Geburten ercl. der Todtgeburten über die Todesfälle stellte sich im Jahre 1876 auf 809, im Jahre 1877 auf 836, im Jahre 1878 auf 743, im Jahre 1879 auf 1005, zusammen auf 3393; ferner läßt sich annehmen, daß jährlich 450 Personen mehr zugezogen als fortgezogen sind und dies würde bis ult. 1879 einen Zuwachs von 1800 Personen ergeben, so daß sich die Bevölkerung Stettins ult. 1879 auf 86,165 Personen belief. — Die Zahl der Wohngebäude belief sich ult. 1878 auf 2670, an neuen Wohngebäuden sind im Jahre 1879 60 hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl ult. 1879 auf 2730 stellt. Die Zahl der Substationen belief sich im Jahre 1879 auf 57 gegen 88 im Jahre 1878 und 24 im Jahre 1877. — Bei dem hiesigen Königl. Telegraphen-Amt wurden im Jahre 1879 119160 inländische und 42692 ausländische, in Summa 161852 Telegramme ausgegeben und dafür 259194,06 Mark Gebühren bezahlt. Eingegangen sind 161327 Telegramme. Am Schlusse des Jahres waren beim Telegraphen Amt 55 Beamte und 20 Boten beschäftigt, im Betriebe befanden sich 55 Apparate. — Nach dem Grundsteuerbuche umfaßte die städtische Gemarkung einschließlich der Wasserflächen im Jahre 1879 eine Gesamtfläche von 6027 Hektar 10 Ar = 23,606,06 Morgen.

Der schwere Druck, welcher seit einer Reihe von Jahren auf Handel und Industrie gelastet hat, dauerte, wie ein Bericht der Handelskammer in Hamburg bemerkt, auch während des größten Theils des Jahres 1879 fort. Indessen mehrten sich die Anzeichen dafür, daß der natürliche Gesundungsprozeß weitere Fortschritte gemacht habe, und als vor wenigen Monaten in den Vereinigten Staaten ein lebhafter Aufschwung des Geschäfts stattfand, gab derselbe auch in Hamburg zu einer geschäftlich gesteigerten Thätigkeit unter bedeutenden Preiserhöhungen fast sämtlicher Artikel Anlaß. Ist in dieser Erscheinung auch nur der Anfang einer Besserung zu erblicken, so ist doch die Ueberzeugung gerechtfertigt, daß die schwerste Zeit hinter uns liegt und mit zuversichtlicher Hoffnung besseren Zeiten entgegen gesehen wird. Das für Hamburg so wichtige Seeverkehrsgeschäft hatte im Jahre 1878 ein Abnehmen gegen das Vorjahr, für 1879 liegt noch kein genauer Bericht vor.

Die hamburgische Rheederei, deren Bestand am 1. Januar 1880 noch nicht genau zu erheben war, zählte am 1. Januar 1879 insgesamt 469 Schiffe von 219,861 Registertons und 101 Dampfschiffe von 75,042 Registertons mit 67,000 Pferdekräften. In Bezug der einzelnen Artikel erwähnt der Bericht, daß das Jahr 1879 seit mehreren Jahren wiederum das erste ist, von welchem man betreffs des Verkehrs in Baumwolle Günstiges melden könne; in Vorsten erfreute sich das Geschäft während des größten Theils des Jahres eines regelmäßigen Absatzes zu behaupteten Preisen. Ueber den Verlauf des Geschäfts in Katas kann das Jahr 1879 nur angenehmes berichten, und die bereits im vorigen Jahre gefasste günstige Meinung hat sich vollständig bestätigt. In Kasse zeigte sich trotz mancher ungewöhnlicher Hemmnisse und Schwierigkeiten im Großen und Ganzen ein Aufschwung. Die im Reichstage geäußerte Ansicht, das Ausland werde durch einen Aufschlag der Preise die höheren Zölle ausgleichen, hat sich bezüglich Kasse rascher, als man erwarten durfte, als irrig erwiesen. Nach der Uebersicht des Kassehandels in Hamburg und Altona der letzten Jahre stieg die Einfuhr von 156 Millionen Pfund auf 168 Millionen Pfd. und die Ausfuhr und der Verbrauch von 174 auf 175 Mill. Pfund.

Die Auswanderung über Hamburg blieb derjenigen des Jahres 1878 fast gleich; befördert wurden 1879 17,805 Personen direkt, 7059 indirekt, zusammen 24,864 gegen 24,803 Personen im Vorjahre.

Ausland. Paris, 3. April. Ueber den Verlauf der vorgestern stattgehabten Versammlung der Suffragane des Erzbischofs von Paris theilen die ultramontanen Blätter keine Einzelheiten mit; dagegen veröffentlicht ein dem Ministerium nahestehendes Journal, der „Telegraphe“, einen eingehenden Bericht über die Berathung der Bischöfe, dessen Inhalt wohl nicht absolut genau sein mag, der aber jedenfalls wahrscheinlich lautet. Danach haben unter dem Vorstehe des Kardinal-Erzbischofs Mgr. Guibert die Bischöfe von Versailles, Meaux, Amiens, Arras, Cambrai, Soissons, Orléans, Troyes und eine große Anzahl anderer geistlicher Würdenträger an der Berathung theilgenommen. Die Debatte soll sehr lebhaft und erregt gewesen sein, und es soll sich selbstverständlich einmüthig die Ansicht kundgegeben haben, daß der Widerstand gegen die ungerechten Gesetze geboten sei, und daß man deshalb die bedrohten Kongregationen energisch unterstützen müsse. Zugleich habe sich aber die Versammlung nicht verhehlt, daß der geplante Widerstand gegen die Dekrete der Regierung vorläufig keine Aussicht auf Erfolg haben könne und einer der anwesenden Prälaten habe sogar hervorgehoben, daß die Kirche den Kampf nur erlaube, wenn durch den Sieg ein großer Vortheil für den katholischen Glauben errungen werden könne. Es frage sich nun, ob es in diesem Augenblicke zweckmäßig sei, den Kampf zu beginnen und ob es nicht vielleicht vortheilhafter sein werde, bis auf Weiteres eine gewisse Neutralität zu beobachten. Dagegen habe sich aber ganz besonders der Erzbischof von Paris mit großer Energie ausgesprochen, sobald den Jesuiten das höchste Lob gespendet und die Nothwendigkeit nachgegeben, im Hinblick auf die Nähe der allgemeinen Wahlen den Kampf auf das politische Gebiet zu übertragen. Da die Regierung die Sache der Kongregationen zu einer politischen Frage gestempelt habe, sei es nunmehr die Pflicht der Geistlichkeit, auch auf diesem Gebiete den der Kirche aufgedruckten Kampf aufzunehmen. Schließlich habe die Versammlung beschlossen, einen Relativprotest gegen die Dekrete vom 29. März zu erlassen.

Der Sieg der englischen Liberalen wird in den hiesigen politischen Kreisen sehr verschiedenartig aufgefaßt und die Sprache der Journale beweist, daß man sich meistens noch nicht recht klar darüber geworden ist, ob der Sturz des Kabinetts Beaconsfield als ein für Frankreich günstiges oder ungünstiges Ereigniß betrachtet werden muß. Das leitende Organ der republikanischen Partei, die „Republique française“, scheint die letztere Ansicht zu hegen, was sich übrigens schon dadurch erklärt, daß Gambetta und seine Freunde den englischen Liberalen und speziell Herrn Gladstone niemals verzeihen haben, daß Frankreich im deutsch-französischen Kriege von ihnen „im Stiche gelassen worden ist“. Die ultraradikalen Blätter begrüßen dagegen den Sieg der Liberalen als ein hochfreudliches Ereigniß und die orleanistischen Organe thun bezeichnender Weise das Gleiche. Die „France“ und andere Gausinisten-Blätter machen sich die Sache bequemer; sie erklären einfach, man habe in Deutschland den Sieg der Tories gewünscht und das beweise hinreichend, daß Frankreich Grund habe, sich über den Sieg der Liberalen zu freuen.

Zahl der als unbekannt verzogen Gemeldeten 1399. Innerhalb des Stadtbezirks sind umgezogen 43,688 Personen, wobei indessen die Personen, welche mehrmals umgezogen sind, für jeden Umzug von Neuem mitgezählt worden sind. — Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1875 betrug die Einwohnerzahl Stettins 80,972, der Ueberschuß der Geburten ercl. der Todtgeburten über die Todesfälle stellte sich im Jahre 1876 auf 809, im Jahre 1877 auf 836, im Jahre 1878 auf 743, im Jahre 1879 auf 1005, zusammen auf 3393; ferner läßt sich annehmen, daß jährlich 450 Personen mehr zugezogen als fortgezogen sind und dies würde bis ult. 1879 einen Zuwachs von 1800 Personen ergeben, so daß sich die Bevölkerung Stettins ult. 1879 auf 86,165 Personen belief. — Die Zahl der Wohngebäude belief sich ult. 1878 auf 2670, an neuen Wohngebäuden sind im Jahre 1879 60 hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl ult. 1879 auf 2730 stellt. Die Zahl der Substationen belief sich im Jahre 1879 auf 57 gegen 88 im Jahre 1878 und 24 im Jahre 1877. — Bei dem hiesigen Königl. Telegraphen-Amt wurden im Jahre 1879 119160 inländische und 42692 ausländische, in Summa 161852 Telegramme ausgegeben und dafür 259194,06 Mark Gebühren bezahlt. Eingegangen sind 161327 Telegramme. Am Schlusse des Jahres waren beim Telegraphen Amt 55 Beamte und 20 Boten beschäftigt, im Betriebe befanden sich 55 Apparate. — Nach dem Grundsteuerbuche umfaßte die städtische Gemarkung einschließlich der Wasserflächen im Jahre 1879 eine Gesamtfläche von 6027 Hektar 10 Ar = 23,606,06 Morgen.

Das neue Schulsemester in der staatlich genehmigten und von Herrn Löwison geleiteten Handelsschule beginnt am 7. April. Die Anstalt besteht aus einer Vorschule für Knaben im schulpflichtigen Alter (12 Jahre) und aus einer höheren Fachklasse für Jünglinge mit guter Vorbildung. Durch Verbindung der Schul- mit den Handelswissenschaften tritt die Anstalt als höhere Knaben- und zugleich auch als Fachschule auf, ein wesentlicher Vortheil, der leider von einem großen Theil des Publikums oft erst dann gewürdigt wird, wenn, so zu sagen, Hopfen und Malz verloren ist. Die endliche Schließung eines wenig begabten oder trägen Schülers nach einer höheren Klasse der hohen Schulen wird von den Anverwandten oft als ein hohes sehr Glück betrachtet; wie lange Zeit ein solcher Schüler bei Ueberfüllung der Klassen aber wieder gebraucht, um aus dieser, in welcher höhere Ansprüche an ihn herantreten, gehoben zu werden, wie viel schöne Zeit und Geld ohne jeden besonderen Nutzen wieder darauf verwendet wird, hierfür fehlt nur zu oft das richtige Verstandniß. Die Aufgabe der Handelsschule erstreckt sich dagegen nicht nur darauf, die Lücken des Schulwissens auszufüllen, sondern zu gleicher Zeit auch auf die wissenschaftliche und praktische Vorbereitung für alle höheren Berufsklassen und für das einjährige Freiwilligen-Examen. Wir können es daher nicht unterlassen, bei Beginn des Schulsemesters nochmals auf die Anstalt aufmerksam zu machen. Nach Beschluß des Lehrer-Kollegii soll vierteljährig eine öffentliche größere Aufführung stattfinden.

Gestern wurde auf der Breitenstraße ein Pferd scheu, ging durch und rannte an eine vor dem Hotel „Zu den 3 Kronen“ stehende Droschke, wodurch letztere nicht unerheblich beschädigt wurde. Ein weiteres Unglück ist nicht vorgekommen. Eine sehr kostspielige Cigarre hat heute ein Bäckermeister aus der Umgegend geraucht, oder besser gesagt, hat er sie noch nicht einmal zu Ende rauchen dürfen. Derselbe betrat in der heutigen Sitzung des Landgerichts, bei welcher nur Berufssachen zur Verhandlung kamen, den Zuschauerraum, ohne die brennende Cigarre vor der Thüre fortzulegen, und mußte dies mit einer Geldstrafe von 20 M. oder 1 Tag Gefängniß büßen. Glücklicherweise hatte er das nöthige Geld bei sich, so daß er von der Verbüßung der Gefängnißstrafe verschont blieb. Einer der gefährlichsten Diebe und Einbrecher, der Schneider Bogislaw Wobke aus Redow, welcher wegen verschiedener schwerer Einbruchsdiebstähle sich im Cöllner Central-Gefängniß in Unterzuchungshaft befand, ist in der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. aus wohlverwahrter Zelle entsprungen. Um ins Freie zu gelangen, hat Wobke mehrere starke Thürverschlüsse erbrochen, wozu er sich abgebrochener Theile seines eisernen Bettgestells bedient hat; er ist hierbei mit seltener, raffinierter Schlaupheit zu Werke gegangen und hat bewiesen, daß er sowohl im Ein- als auch im Ausbrechen eine meisterhafte Geschicklichkeit besitzt. Wobke wird seitens der königlichen Staatsanwaltschaft fleißig verfolgt. Er ist etwa 60 Jahre alt, mittlerer Statur, hat schwarzes, grau untermisches Haar, graumelirtes Kinnbart und trägt gewöhnlich eine Brille. Bekleidet ist er mit blauem Winterüberzieher, grauem Rock, grauer oder blaugrauer Hose, Halbstiefeln und blauer Mütze. Die wissenschaftliche Staatsprüfung der Kandidaten des geistlichen Amtes wird im November, jedesmal Morgens von 8 Uhr ab, im Prüfungszimmer der königl. Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Stettin abgehalten werden.

Greifswald, 6. April. Am Sonnabend wurde von Gören'schen Fischern ein 5 Fuß großer Delphin gefangen und lebend nach hier gebracht. Nach 6 Stunden krepierte das Thier und wurde von den Fischern an den Handelsmann Mönch für 12 M. verkauft. Dieser hat ihn heute an einen Friedländer Fischhändler verhandelt, der ihn für Geld zu zeigen beabsichtigt.

Greifswald, 6. April. Die Prinzessin von Wales ist heute Abend 6 1/4 Uhr mit dem Deutschen Postdampfer „Kaiser“ in Korsoor eingetroffen und von dem König, der Königin und dem Kronprinzen empfangen worden. Die Prinzessin reiste sofort mittelst Extrazuges nach Kopenhagen weiter.

Bermischtes.

Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt: Einen Vorgang, der sich vor nunmehr fast Jahresfrist hier bei Hofe abgespielt hat, der geheim gehalten wurde und der doch für alle Theile in hohem Grade ehrenvoll ist, der die Deffentlichkeit sehr lebhaft interessiren dürfte, wollen wir erzählen und wir hoffen, daß, nachdem ein Jahr darüber vergangen ist, man uns nicht böse sein wird, wenn wir die Angelegenheit in die Deffentlichkeit bringen. Unmittelbar nach dem Tode des armen kleinen Prinzen Waldemar nämlich ergriff die Mutter des verstorbenen Knaben, die Kronprinzessin, eine tiefe Sehnsucht, sofort ihren zweiten Sohn, den Prinzen Heinrich, bei sich zu haben, der, wie man weiß, nicht sehr lange zuvor auf jene Uebungsreise um die Welt gegangen war, die sich jetzt allmählig ihrem Ende nähert. Vorausgeschickt muß nun freilich werden, daß, als der Kronprinz und die Kronprinzessin beschloßen hatten, den Prinzen Heinrich diese Reise machen zu lassen, der Kaiser seinerseits die Kronprinzessin darauf aufmerksam gemacht hatte, daß solche Reise ihre Gefahren mit sich bringe, daß der Prinz jung sei, daß sie sich vielleicht bei so langer Trennung nach dem Sohne sehnen würde und dergleichen mehr. Die Kronprinzessin aber war damals bei dem Entschlusse stehen geblieben, weil sie der Meinung war, daß nur solch' eine Reise ihren zweiten Sohn zu einem tüchtigen Seemann ausbilden und zu seinem künftigen Beruf wirksam vorbereiten könne und nur deshalb gab der Kaiser seine Einwilligung dazu, seinen Enkel jene Reise, die ihn durch alle Meere der Erde führen sollte, antreten zu lassen.

Wenige Tage nach dem Tode des kleinen Prinzen Waldemar war es, als die Kronprinzessin den Kaiser bat, ihr zu gestatten, den damals 15jährigen Sohn zurückzurufen. Sie bat ihn mit Thränen im Auge, ganz unter dem Einfluß jenes Schmerzes, der sie wenige Tage zuvor getroffen hatte. Der Kaiser hörte sie gerührt und ernst an, aber er erklärte ihr, auf all jene Eventualitäten habe er selbst sie früher aufmerksam gemacht, er habe das besonders für seine Pflicht gehalten, aber jetzt könne er leider ihre Bitte nicht erfüllen. Der Prinz Heinrich sei im Dienst, er sei zu jener Uebungsreise beordert, dieselbe müsse zu Ende geführt werden, und so sehr er den Schmerz seiner Schwiegertochter mit empfinde, so wenig fähe er sich in der Lage, jenes Machtwort zu sprechen, das sie von ihm erbäte. Die Kronprinzessin sank in tiefster Erregung dem Kaiser zu Füßen und bat ihn nochmals, seinen Entschluß zu ändern, den Sohn zurückzuberufen. In seiner Ergriffenheit aber erklärte ihr der Kaiser, Hunderte von Müttern würden hier und da in ähnlicher Lage sich befinden, wie sie selbst. Als Mensch, als Großvater des Prinzen schmerze es ihn aufs Tiefste, daß er nicht anders könne, als auf seiner Weigerung bestehen! Müßigen Bürgerfrauen jenen Schmerz in ähnlicher Situation erdulden, so müsse auch die Kronprinzessin, so schwer ihr dies auch werden möge, sich zu fassen wissen. Und in der That blieb es dabei: Die Bitte der Kronprinzessin, so menschlich begrifflich, so erklärlich aus dem Schmerze der Mutter, den der Kaiser ganz und gar mißfahlte, konnte von dem greisen Monarchen doch nicht erfüllt werden.

Lebt in dieser ganzen Scene, die wir hier schildern, nicht etwas von jenem Geist der strengen, ernsten Pflichterfüllung, der das kleine Preußen so groß gemacht hat? Weht durch diese kleine Geschichte, die wir hier erzählt haben, nicht etwas von jener herben Poesie, die uns in Heinrich v. Kleists „Prinz von Homburg“ so sehr ergreift, wenn wir den Seelenkampf des Großen Kurfürsten um den von ihm geliebten Prinzen Friedrich mitangesehen?

— (Ein Kindeswort.) Eine Mutter beschwichtigt ihr weinerndes Kind. Das Kind sagt jammernd: „Mama, gestern bin ich gefallen und habe mir weh gethan.“ — „Das war gestern, warum weinst Du aber heute?“ — „Gestern warst Du nicht zu Hause.“

Telegraphische Depeschen.

Paris, 6. April. Sämmtliche Abendblätter der konservativen Partei sprechen sich mißbilligend über das Schreiben des Prinzen Napoleon aus. Das Journal „Pays“ veröffentlicht einen Artikel Cassagnacs, in welchem derselbe das Schreiben für einen nicht wieder gut zu machenden Fehler erklärt und hinzusetzt, wenn das Kaiserreich, welches man seiner Partei anbiete, so beschaffen sei, dann müsse man es mit Abscheu zurückweisen. Das Journal „La France“ führt aus, der Prinz Napoleon habe jede Aussicht, sich mit den Bonapartisten und Kleptikalen zu verbinden, verloren und habe auch keine Hoffnung, ein Bündniß mit den Republikanern eingehen zu können.

Der Prinz von Wales ist hier eingetroffen. London, 6. April. Bei den heutigen Wahlen zum Parlament wurden in Cork (City) die Homeulers Barnell und Daly gewählt; die Homeulers haben einen Sitz gewonnen.

London, 6. April. Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Bombay vom heutigen Tage hat sich die Nachricht der „Daily News“ vom Tode Mahomed Jan's nicht bestätigt; Mahomed Jan befindet sich vielmehr in Matban und habe erklärt, daß er bis zum Aeußersten kämpfen werde, falls die Bedingungen der Engländer unannehmbar sein sollten.

Kopenhagen, 6. April. Die Prinzessin von Wales ist heute Abend 6 1/4 Uhr mit dem Deutschen Postdampfer „Kaiser“ in Korsoor eingetroffen und von dem König, der Königin und dem Kronprinzen empfangen worden. Die Prinzessin reiste sofort mittelst Extrazuges nach Kopenhagen weiter.

Kopenhagen, 6. April. Die Prinzessin von Wales ist heute Abend 6 1/4 Uhr mit dem Deutschen Postdampfer „Kaiser“ in Korsoor eingetroffen und von dem König, der Königin und dem Kronprinzen empfangen worden. Die Prinzessin reiste sofort mittelst Extrazuges nach Kopenhagen weiter.